

Plenarsitzung

9. Dezember 2022, 16.30 Uhr

Vorsitz: Präses Prof. Aust

Tagesordnung

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Berichte**
 - a) **Berichte des Präsidiums**
 - b) **Bericht des Hauptgeschäftsführers**
 - c) **Aktuelles aus der Mitte des Plenums**
 - d) **Berichte aus den Ausschüssen**
 - e) **Bericht der Wirtschaftsunioren**
- 3. Haushaltsangelegenheiten**
 - a) **Bericht zum Tätigkeitsbericht 2022**
 - b) **Beschluss über den Wirtschaftsplan 2023 (Anlage 1)**
 - c) **Beschluss über die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie (Anlage 2)**
 - d) **Beschluss zur Sanierung des Flachdaches des Börsengebäudes im Jahr 2023 (Anlage 3)**
- 4. Beschluss zur Satzungsanpassung hinsichtlich virtueller Sitzungen von Präsidium und Plenum ab 2023 (Anlage 4)**
- 5. Beschlüsse über die Änderung der Gebührenordnung und Rahmenprüfungsordnung (Anlage 5)**
 - a) **Beschluss über die 18. Änderung der Gebührenordnung**
 - b) **Beschluss zur Prüfungsordnung für die Prüfung nach § 26a des Wohnungseigentumsgesetzes**
- 6. Beschluss über eine Stellungnahme zu den Volksinitiativen "Keine Profite mit Boden und Miete" (Anlage 6)**
- 7. Bericht zur Veröffentlichung des Hafentwicklungsplans und der HK-Positionierung**
- 8. Verschiedenes**

Anwesend:

Plenarmitglieder:

Herr Präses Prof. Aust, Herr Vizepräses Baur, Frau Vizepräses Dr. Hees, Frau Vizepräses Nissen-Schmidt, Herr Vizepräses Pirck, Frau Vizepräses Warning;

Frau Ahlers, Herr Barth, Frau Beckmann, Herren Brauer, Dr. Brill, Dr. Buhck, von Bülow, Eick, Flotow, Franzen, Friemel, Frau Haug, Herren Heinemann, Jamil, Frau Kartenbeck, Herren Dr. Killinger, Kloth, Herr Dr. Kruse, Frau Kunicki, Herren Heinz Lehmann, Lorenz-Meyer, Lüchow, Mähl, Dr. Mecke, Neubauer, Dr. Pelka, Schneider, Frau Schoras, Herren Sebbesse, Stacklies, Vatter, Frau Willhoeft, Herren Wulff, Zippel;

Dauerhafte Gäste:

Herren Ahrens, Dr. Castan, Enkerts, von der Decken;

Gäste:

Herren Dr. Hamer, Nowak, Schrywer, Frau Steffen;

Aus dem Hauptamt:

Herren Dr. Heyne, Frau Beck, Frau Enzel, Herr Grams, Frau Heidenreich, Herren Hoops, Kienzler, Frau Kramer, Herren Dr. Lau, Laue, Schote Frau Schweeberg, Herr Siebrand, Frau Theis, Herr Ulrich, Frau Wilhus, Herr Halfmann (Protokoll);

Entschuldigt fehlen:

Plenarmitglieder:

Herr Vizepräses van der Schalk;

Herren Bender, Dircks, Eggenschwiler, Gartz, Gehrckens, Groninger, Frau Harbs, Herren Harders, Hartmann, Hellwig, Koopmann, Thorsten Lehmann, Lintzen, Portmann, Radtke, Schmelzer, Stanislawski, Frau Verdel, Frau Welzel, Frau Wendt-Heinrich, Frau Witthöft, Herr Wöhlke;

Dauerhafte Gäste:

Herren Carstens, Prof. Dr. Hübscher, Frau Mohr-Rothe, Frau Nehrenberg, Herr Ulbrich, Frau Wedemann;

Herr Präses Prof. Aust eröffnet die Plenarsitzung. Er begrüßt die Teilnehmenden des Plenums und erläutert Organisatorisches zur heutigen Plenarsitzung. Weiterhin merkt Herr Präses Prof. Aust an, dass kein Einspruch gegen das Protokoll der November-Sitzung vorliege, so dass dieses genehmigt sei.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Herr Präses Prof. Aust stellt fest, dass keine Wortmeldungen zur aktuellen Tagesordnung vorliegen, die damit ebenfalls genehmigt sei.

Das Plenum beschließt die Tagesordnung in vorliegender Version.

TOP 2: Berichte

a) Berichte des Präsidiums

Herr Präses Prof. Aust berichtet über die Konferenz der Norddeutschen Wirtschafts- und Verkehrsminister in Hamburg (KüWiVerMinKo) am 18. November. Die IHK Nord habe im Vorfeld der Konferenz einen „Kaminabend“ mit dem Hamburger Wirtschaftssenator, der Bremer Senatorin und den Wirtschaftsministern aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern veranstaltet. Die IHK Nord habe deutlich gemacht, dass eine weitsichtige Strategie erforderlich sei, um den norddeutschen Wirtschafts- und Lebensraum wettbewerbsfähig weiterentwickeln zu können. Herr Präses Prof. Aust fährt fort, dass die am darauffolgenden Tag durchgeführte IHK Nord Vollversammlung die vorerst letzte unter Vorsitz der Handelskammer Hamburg gewesen sei. Die Zeit des Hamburger Vorsitzes sei durch globale Krisen und Umbrüche, wie der Corona-Pandemie und dem Krieg in der Ukraine geprägt gewesen. Die Handelskammer Hamburg habe sich für eine kontinuierliche und themenfokussierte Verbesserung der Zusammenarbeit der Länder im Norden eingesetzt. Herr Präses Prof. Aust teilt mit, dass Herr Dr. Malte Heyne in den Vorstand der IHK Nord gewählt worden sei.

Herr Präses Prof. Aust informiert, dass die von der Handelskammer Hamburg am 19. September 2022 beschlossene Energie-Resolution rechtskonform sei. Das Verwaltungsgericht Hamburg habe den Antrag eines Kammermitglieds auf Eilrechtsschutz abgelehnt. Das Gericht habe in seiner Entscheidung vom 18. November ausgeführt, dass die Handelskammer mit der Energie-Resolution und den darin enthaltenen Forderungen zur Energieversorgung das Gesamtinteresse der Hamburger Wirtschaft wahrnehme, d.h. die Kompetenzgrenzen aus §1 IHK-Gesetz gewahrt seien. Außerdem sei das Verfahren mit der Beschlussfassung im Sonderplenum am 19. September rechtmäßig. Die Gegenseite habe am 2. Dezember eine Beschwerde beim Hamburgischen Obergericht gegen die noch nicht rechtskräftige Entscheidung eingelegt.

Herr Präses Prof. Aust berichtet, dass Ende November die Veranstaltungsreihe „Zeitenwende on Tour“ der Münchner Sicherheitskonferenz in der Handelskammer Hamburg zu Gast gewesen sei, um mit Bürgerinnen und Bürgern über die notwendigen Veränderungen der deutschen Außen-, Sicherheits- und Europapolitik angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ins Gespräch zu kommen. Teilnehmende seien u.a. der Chef des Bundeskanzleramts Wolfgang Schmidt, Luxemburgs Vize-Premierminister Francois Bausch, Botschafter Christoph Heusgen und Claudia Major von der Stiftung Wissenschaft gewesen.

Herr Präses Prof. Aust berichtet, dass sich die Handelskammer Hamburg gemeinsam mit der Freien und Hansestadt Hamburg und Partnern von #WeareallUkrainians, German Food Bridge und Hanseatic Help im Städtepakt Hamburg-Kyiv engagiere. Inzwischen hätten Unternehmen und Privatleute insgesamt mehr als 110.000 Euro gespendet. Herr Präses Prof. Aust appelliert in diesem Zusammenhang an die Teilnehmenden, zu prüfen, ob dringend benötigte Güter oder Spenden bereitgestellt oder Kontakte hergestellt werden könnten. Auf der Website www.hk24.de/wirtschaftshilft befinde sich eine Liste der aktuell größten Bedarfe.

Frau Vizepräsidentin Nissen-Schmidt berichtet, dass die „Hamburger Azubi-Besteneuerung“ nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause wieder in Präsenz stattgefunden habe. 61 Hamburger Auszubildende seien als „Beste“ des vergangenen Prüfungsjahrgangs mit insgesamt rund 8.000 Azubis ausgezeichnet worden.

Herr Vizepräsident Pirck berichtet über die erste Sitzung der „Projektgruppe Gremienstruktur“, welche am 1. Dezember 2022 getagt habe. Mitglieder der Projektgruppe seien die Plenarmitglieder Herr Flotow, Herr Franzen, Herr Radtke, Frau Schoras und Herr Wöhlke sowie die Ausschussvorsitzenden Frau Nehrenberg und Herr Dr. Castan. Aus dem Hauptamt unterstützten Herr Ulrich, Frau Heidenreich, Herr Siebrand und Frau Wilhus. Ziel der Projektgruppe sei es, dem neugewählten Plenum ab 2024 Vorschläge und Szenarien für mögliche Weiterentwicklungen der Gremienstruktur und -arbeit vorzulegen, die dazu beitragen, die Gesamtinteressenvertretungsfunktion des Plenums weiter zu optimieren. Es sei zudem geplant, eine Befragung des gesamten Ehrenamtes – Ausschüsse, Arbeitskreise und Plenum – zur Gremienarbeit vorzunehmen. Herr Vizepräsident Pirck ermuntert die Anwesenden, sich für eine Mitarbeit in der Projektgruppe bei Frau Wilhus zu melden.

b) Bericht der Hauptgeschäftsführung

Herr Dr. Heyne berichtet, dass die Handelskammer Hamburg im Rahmen der Standortstrategie Hamburg2040 die internationale Vernetzung Hamburgs mit innovativen Standorten weltweit fördern wolle, um internationale Trends schneller zu erkennen und diese für die Hamburger Wirtschaft nutzen zu können. Durch die Trend-City Studie 2020 – aber auch durch Anstöße aus dem Ehrenamt – sei Israel als besonders bedeutend identifiziert worden. Tel Aviv verfüge über ein dichtes Ökosystem aus Startups, wovon viele einen Marktwert von über einer Milliarde US-Dollar hätten, sog. „Unicorns“. Es sei gelungen, mit der AHK Israel auf Grundlage eines Präsidialbeschlusses einen Vertrag auszuhandeln, der ab dem kommenden Jahr eine Innovationspartnerschaft mit Israel vorantreiben werde. Die Zusammenarbeit sei zunächst auf zwei Jahre angelegt. Es stehe dabei das „Techscouting“ im Mittelpunkt – insbesondere mit Fokus auf für uns in Hamburg besonders wichtige Bereiche wie Fintech, Cybersicherheit, Logistik, maritime Wirtschaft und Erneuerbare Energien. Anfang des Jahres werde im Rahmen eines Launch-Events der entsprechende Vertrag unterzeichnet. Sollte sich das Projekt als erfolgreich erweisen, würde auch mit neuen Partnerinstitutionen, z.B. Hamburg Invest über eine dauerhafte Präsenz Hamburgs in Israel nachgedacht.

Herr Dr. Heyne informiert über die aktuelle Lage auf dem Ausbildungsmarkt. Die Zahl der neu eingetragenen Auszubildenden liege zum 30. November 2022 bei 7.119. Dies seien 2,1% weniger als zum Vorjahreszeitpunkt. Aktuell übersteige in fünf von zwölf Berufsgruppen die Zahl der Neueintragungen die des Vorjahres: „Verkehr und Transport“ (+19), „Bank“ (+32), „Elektrotechnik“ (+53), „Metalltechnik“ (+70) und „Hotel- und Gaststätten“ (+127). Mit minus 200 sei der „Handel“ wie bereits im Vormonat die Berufsgruppe mit dem größten Rückgang. Darüber hinaus werde im nächsten Jahr die erste bundesweite Azubimarketing-Kampagne der IHK-Organisation gelauncht, an der sich auch die Handelskammer Hamburg beteilige. Ziel sei es damit mehr junge Menschen für die Berufsausbildung zu begeistern und den gesellschaftlichen Stellenwert der dualen Ausbildung zu erhöhen.

Herr Dr. Heyne erläutert, dass zum Compliance-Kodex weder im vergangenen noch im vorangegangenen Jahr Hinweise zu straf- oder bußgeldbewehrten Handlungen aus Haupt- oder Ehrenamt eingegangen seien.

Herr Dr. Heyne weist auf die Jahresschlussveranstaltung der Versammlung eines Ehrbaren Kaufmanns (VEEK) am 30. Dezember hin, welche in diesem Jahr wieder im gewohnten Umfang und Format im Börsensaal durchgeführt werde. Eine breite Teilnahme aus dem Plenum unserer Handelskammer sei erfreulich und werde erstmalig durch eine professionelle Kinderbetreuung unterstützt.

c) Aktuelles aus der Mitte des Plenums

Frau Beckmann zieht ihren gemeinsam mit Herrn Zippel vorgesehenen Bericht zur UN-Klimakonferenz zurück.

Herr Dr. Buhck weist auf eine Veranstaltung des Ausschusses für Energie am 31. Januar 2023 zu Klimaschutzmaßnahmen bzw. zur Energie-Resolution hin.

Herr Dr. Heyne ergänzt, dass im Februar-Plenum das Thema Klimaschutz unter Mitwirkung der OECD behandelt werde und dass ihm von Herrn Zippel ein sehr interessanter Foliensatz zu einem Klimaschutz-Impulsvortrag bekannt sei. Herr Zippel sagt einen Vortrag für die Februar-Sitzung des Plenums zu.

d) Berichte aus den Ausschüssen

Herr Präses Prof. Aust stellt fest, dass zu TOP 2d „Berichte aus den Ausschüssen“ keine Anmeldungen vorlägen.

e) Bericht der Wirtschaftsjuvenen

Herr Ahrens berichtet von der Arbeit der Wirtschaftsjuvenen, deren Fokus 2022 nach der Corona-Pandemie auf der Aktivierung der Mitglieder für das Ehrenamt gelegen habe. Hierfür seien zahlreiche Netzwerkveranstaltungen durchgeführt worden, u.a. die Norddeutsche Landesraumkonferenz, die Hanseraumkonferenz in Kiel und die Jubiläumsfeier zum 70-jährigen Bestehen der Wirtschaftsjuvenen. Zahlreiche Projekte seien zusätzlich umgesetzt worden, u.a. Bewerbertrainings für Schülerinnen und Schüler, monatlicher Gründertreff sowie dem Businessplanwettbewerb „Gründergeist“. Besonderes Highlight im Jahr 2022 sei die Ausrichtung des G20 Young Entrepreneurs Alliance Summit mit der Verabschiedung eines Communiqués gewesen, das die Regierungen der G20-Staaten dazu auffordere, die Bedingungen für eine Transformation zu nachhaltigem Wirtschaften zu verbessern, Eintrittshürden für unterrepräsentierte Gruppen in der globalen Wirtschaft abzubauen und sich konsequent für den Frieden einzusetzen. Im kommenden Jahr liege der Fokus auf der Profilschärfung der Wirtschaftsjuvenen als Stimme der Jungen Wirtschaft, dem Ausbau der Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Institutionen sowie einem verstärkten Austausch mit Politik und Wirtschaft.

Frau Vizepräses Warning lobt die Arbeit der Wirtschaftsjuvenen und appelliert an die Anwesenden, das Netzwerk auch für eigene junge Führungskräfte zu nutzen.

TOP 3: Haushaltsangelegenheiten

a) Bericht zum Tätigkeitsbericht 2022

Herr Dr. Heyne erinnert an die fünf Handlungsfelder der Neuausrichtung der Handelskammer Hamburg, auf die sich die Aktivitätenplanung beziehe. Ein Highlight dieser Aktivitäten im Kontext „Selbstverständnis als Standortmanager etablieren“ sei der im April geschaffene „Pakt für Solidarität und Zukunft“ zwischen Kyiv und Hamburg. Im Handlungsfeld „Konsequente Ausrichtung auf Zukunftsthemen“ seien der Zukunftsplan Hafen, die Innovations- und Technologiefokussierung, die Fachkräftestrategie, die Klimaneutralität 2040 und die Entwicklung der Innenstadtquartiere einige Beispiele für konkrete Maßnahmen, welche in den Ausschüssen erarbeitet worden seien. Die „Vernetzung der Handelskammer ausbauen“ sei in der Öffentlichkeit mit über 40 Stellungnahmen bis September 2022 deutlich verbessert worden, wie die steigende Anzahl von Presse-Clippings zeige. Auch das Sommerfest am Millerntor belege mit mehr als 600 Teilnehmenden diesen Trend. Außerdem sei die Anzahl an Unternehmensbesuchen um 40 % gestiegen. Im Handlungsfeld „Mehr Ressourcen für aktives Standortmanagement heben“ hätten sich, zuzüglich zum 2022 frei planbarem Budget von 1 Mio. € weitere Einsparungen in Höhe von 253 T.€ an Strukturkosten bis November 2022 ergeben. Bzgl. „Anpassung der Handelskammer Strukturen“ seien z.B. durch die Aktivitäten zur klimaneutralen

Handelskammer erhebliche Einsparungspotenziale ermittelt worden. Im Kontext der Neuaufstellung mit fünf Geschäftsbereichen plus Stabsbereich habe eine Umfrage unter den Mitarbeitenden eine positive Globalzufriedenheit ergeben. Es seien nach der Cyber-Attacke IT-Maßnahmen zur Modernisierung vorgenommen worden, die u.a. das mobile Arbeiten für alle Mitarbeitenden ermöglichten. Hamburg gehöre deutschlandweit zu den ersten fünf Kammern, welche nach der Attacke wieder am Netz gewesen seien.

b) Beschluss über den Wirtschaftsplan 2023 (Anlage 1)

Herr Ulrich informiert zunächst über die finanzielle Situation des Jahres 2022, bei der bereits jetzt ein positives Ergebnis zu erwarten sei. Dies resultiere aus höheren Beiträgen als geplant sowie aus einer Entlastung des Zinsänderungsaufwandes aufgrund gestiegener Zinsen um rund 3 Mio. €. Weiterhin werde aktuell davon ausgegangen, dass rund 6 Mio. € aus der Zinsänderungsrücklage mit dem Jahresabschluss 2022 aufgelöst bzw. ggf. umgewidmet werden könnten.

Gleichzeitig empfahlen die Aktuarien und Wirtschaftsprüfer aufgrund der Zinsentwicklung und deutlichen Inflation, den Gehalts- und Rententrend bei der Pensionsberechnung anzupassen, wofür aktuell 2,8 Mio. € einkalkuliert seien. Analog zu den Finanzmärkten habe sich die Vermögensverwaltung der Handelskammer negativ entwickelt. Zwischenzeitlich hätten die Verluste bei 14% gelegen, das genaue Ergebnis sei erst am Ende des Jahres bekannt. In Summe werde von einem positiven Ergebnis ausgegangen.

Herr Ulrich führt aus, dass der Wirtschaftsplan 2023 mit größeren Risiken behaftet sei, u.a. wegen der Energiekrise, der Inflation, den gestörten Lieferketten und dem Fachkräftemangel sowie der erforderlichen Instandhaltung des Börsengebäudes.

Für 2023 werde mit Betriebserträgen in Höhe von 52,9 Mio. € und einem Betriebsaufwand in Höhe von 52,86 Mio. € und damit einem leicht positiven Betriebsergebnis von 77 T. € geplant. Es werde dabei von 42,9 Mio. € an Beiträgen, und einem Rückgang bei den Entgelten von 1,3 Mio. € ausgegangen. Aufgrund der Inflation steige auch Materialaufwand, z.B. bei den Prüfungsmitteln, den Aufwandsentschädigungen für Prüfende sowie bei den Raummieten, so dass, ein Anstieg von 7,9% angenommen worden sei.

Der Personalaufwand stelle den größten Einzelposten dar, wobei hier ein Mehraufwand von 5,2% erwartet werde, u.a. durch eine geplante tarifliche Steigerung von 3% sowie der Nachbesetzung einiger vakanter Stellen. In Summe seien 23,9 Mio. € Personalkosten vorgesehen. Der zweitgrößte Posten seien die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 19,1 Mio. €. Dieses Plus von 15,9% sei zurückzuführen auf erforderliche Gebäudeinstandhaltung, z.B. der Sanierung der Flachdächer und die Modernisierung des Albert-Schäfer-Saals, steigende Energiekosten von + 105%, notwendige IT-System-Härtung nach dem IT-Hack sowie weitere Digitalisierungsmaßnahmen.

In Summe werde 2023 ein Jahresergebnis von -1,8 Mio. € erwartet, welche aus der Umbau- und Instandhaltungsrücklage (1,2 Mio. €) und aus der Zinsänderungsrücklage (0,6 Mio. €) gedeckt werde.

Die Zuwendungen für 2023 summierten sich auf 778 T. €, welche u.a. für die Gründung der Finanzcluster GmbH sowie als Zinsänderungsrisiko für die Pensionen der HKBIS eingeplant seien. An Investitionen seien 40 T. € geplant, u.a. zur Renovierung des „Pfeffersacks“ im Kontext des zum 1. Januar 2023 anstehenden Pächterwechsels sowie zur Optimierung der Mediensteuerung und Technik im Plenarsaal.

Herr Dr. Pelka gibt zu bedenken, dass die Annahme für steigende Beiträge hinsichtlich der stagnierenden Wirtschaft optimistisch sei – insbesondere bei sinkenden Erträgen und geplanten steigenden Kosten.

Herr Neubauer fragt, woraus die steigenden Beitragseinnahmen abgeleitet werden.

Frau Vizepräsidentin Nissen-Schmidt bestätigt, dass sich der Finanzausschuss ausführlich mit der Planung beschäftigt habe, und dass man überzeugt sei, am Ende ein positiveres Ergebnis zu erzielen als geplant. Dieser Annahme liege eine lange Historie der Beitragsentwicklung

während anderer Krisen, z.B. 2008, zugrunde. Auch die Coronakrise hätte sich geringer auf die Beiträge ausgewirkt als erwartet. Die Planung sei realistisch vorgenommen worden, wobei insbesondere die Gebäude-Instandhaltung und IT zu den steigenden sonstigen betrieblichen Kosten beitragen. Bezüglich der Mitarbeitenden seien im Zuge der Neuaufstellung viele Führungsstellen abgebaut worden, was zu einer Kostenentlastung führe.

Das Plenum der Handelskammer Hamburg beschließt mit einer Mehrheit von 35 Stimmen bei 5 Enthaltungen und keiner Gegenstimme den beigefügten Wirtschaftsplan 2023 sowie die Wirtschaftssatzung 2023 gemäß Vorlage.

c) Beschluss über die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie (Anlage 2)

Herr Ulrich erklärt, dass 2022 mit einer durchschnittlichen Inflation von 8% gerechnet werde. Die Bundesregierung habe daher im Rahmen des 3. Entlastungspaketes Arbeitgebenden die Möglichkeit gegeben, an Mitarbeitende eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichsprämie von bis zu 3.000 € zu zahlen. Mit der tariflichen Entwicklung der Angestellten der Freien und Hansestadt Hamburg als Orientierungshilfe und in Abstimmung mit Finanzausschuss und Präsidium werde vorgeschlagen, den Auszubildenden 700 €, Tarifangestellten 1.250 € und Abteilungsleitenden 500 € Inflationsausgleichsprämie zu zahlen. Bereichsleitungen und Hauptgeschäftsführer würden vom Vorschlag ausgenommen. Insgesamt würden hierfür rund 300.000 € aus dem Personalbudget 2022 entnommen, ohne dies gegenüber der Planung zu überziehen.

Frau Vizepräsidentin Nissen-Schmidt bestätigt, dass eine Staffel nach Einkommen vorgeschlagen werde, welche die niedrigeren Einkommen anteilig stärker fördere.

Herr Schneider schlägt vor, dass die Handelskammer die von dem Entlastungspaket vorgesehenen Höhe voll ausschöpfen solle. Herr Wulf erklärt, er sei gegen den Vorschlag, da in seinem Unternehmen die Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie nicht möglich sei und er vor dem Hintergrund eine Verwendung von Mitgliedsbeiträgen kritisch sehe. Herr Brauer meint, dass die Handelskammer ein attraktiver Arbeitgeber in Zeiten des Fachkräftemangels sein müsse, daher sei der Vorschlag angemessen, insbesondere da jene, die wenig verdienen, überproportional unterstützt würden. Herr Dr. Buhck empfiehlt, den Beschluss zu verschieben, da sich viele Unternehmen diese Zahlungen nicht leisten könnten und die Handelskammer keine Vorreiterrolle bei der Zahlung einer Inflationsausgleichsprämie einnehmen solle. Herr Dr. Kruse plädiert für das Vertrauen in die hier geleistete Vorarbeit des Finanzausschusses.

Das Plenum der Handelskammer Hamburg beschließt mit einer Mehrheit von 36 Stimmen bei 3 Enthaltungen und 1 Gegenstimme, den aktiv Mitarbeitenden mit dem Dezember-Gehalt 2022 eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichsprämie in folgender Höhe zu zahlen:

- Auszubildende: 700 Euro
- Tarifangestellte: 1.250 Euro
- Außertariflich Angestellte: 500 Euro
- Bereichsleitende: 0 Euro
- Hauptgeschäftsführer: 0 Euro

Teilzeitbeschäftigte erhalten die Inflationsausgleichsprämie anteilig, ebenso wie Personen, die unterjährig ihren Dienst in der Handelskammer aufgenommen haben.

d) Beschluss zur Sanierung des Flachdaches des Börsengebäudes im Jahr 2023 (Anlage 3)

Herr Ulrich informiert, dass das Plenum am 7. Juli 2021 aufgrund eines Baugutachtens beschlossen habe, den Jahresüberschuss 2021 i.H.v. 1,2 Mio. € in eine Instandhaltungs- und Baurücklage einzustellen. Im Gutachten würden die Kosten für eine Flachdachsanierung auf 1,8 Mio. € geschätzt. Die Mehrkosten von 600 T. € sollten durch den laufenden Haushalt 2023

getragen werden. Die Sanierung solle im kommenden Jahr erfolgen. Die Option der Installation einer Photovoltaik-Anlage auf dem Dach befinde sich noch in der Prüfung und Abstimmung mit Statiker und Denkmalschutzamt. Weiterer Handlungsbedarf ergebe sich durch Mehrkosten in Höhe von 400.000 bis 500.000 € für dachseitig notwendige Arbeiten für die bereits laufende Deckensanierung im 1. Obergeschoss. Bei positivem Beschluss würde die Angebotsphase sofort beginnen und eine Vergabe im Februar 2023 erfolgen. Die Bauphase werde auf zehn Monate geschätzt. Herr Zippel schlägt bzgl. des Aufbaus einer PV-Anlage zur Kostensenkung eine Kooperation mit Hamburg Energie vor.

Das Plenum der Handelskammer Hamburg beschließt mit einer Mehrheit von 40 Stimmen bei keiner Enthaltung und keiner Gegenstimme die beigefügte Sanierung des Flachdaches des Börsengebäudes im Jahr 2023.

Für die Umsetzung soll die Umbau- und Instandhaltungsrücklage verwendet werden. Die weiteren erforderlichen Mittel sollen aus dem Haushalt 2023 bestritten werden.

TOP 4: Beschluss zur Satzungsanpassung hinsichtlich virtueller Sitzungen von Präsidium und Plenum ab 2023 (Anlage 4)

Herr Ulrich leitet ein, dass die zur Abmilderung der Auswirkungen der Corona-Pandemie eingeführten Regelungen zur elektronischen Sitzungskommunikation aus § 13b IHK-Gesetz Ende 2022 außer Kraft treten. Um im Präsidium und im Plenum auch weiterhin digital tagen zu können, bestehe vor diesem Hintergrund Regelungsbedarf in der Handelskammer-Satzung. Mit der Rechtsaufsicht (BWI) sei der vorliegende Entwurf für eine Satzungsanpassung vorabgestimmt worden. Die Rechtsaufsicht sehe digitale Sitzungen des Präsidiums rechtlich unkritisch und lege die Entscheidung, ob analog oder digital getagt werde, in das Ermessen des Präses. Dies sehe der neue Absatz 3 in § 10 der Satzung vor. Bei digitalen Sitzungen des Plenums hingegen sei abzuwägen, ob die in der Tagesordnung vorgesehenen Gegenstände ihrem Inhalt und ihrer Bedeutung nach für eine digitale Behandlung geeignet erscheinen. Per se nicht geeignet seien generell u. a. Wahlen. Außerdem sollten nicht mehr als die Hälfte der Plenarsitzungen eines Kalenderjahres digital oder hybrid stattfinden. Frau Beckmann ist der Ansicht, dass die Plenarsitzungen immer analog stattfinden sollten. Herr Brauer wendet ein, dass ohne Satzungsänderung ab 2023 grundsätzlich gar keine digitalen Sitzungen mehr möglich seien.

Das Plenum der Handelskammer Hamburg beschließt mit einer Mehrheit von 38 Stimmen bei keiner Enthaltung und 1 Gegenstimme die 16. Änderung der Satzung der Handelskammer Hamburg gemäß Unteranlagen a) und b). In diesem Zusammenhang wird das Hauptamt ermächtigt, redaktionelle Änderungen vorzunehmen, die sich im Rahmen des Genehmigungsverfahrens mit der Rechtsaufsichtsbehörde ergeben können.

TOP 5: Beschlüsse über die Änderung der Gebührenordnung und Rahmenprüfungsordnung (Anlage 5)

- a) **Beschluss über die 18. Änderung der Gebührenordnung**
- b) **Beschluss zur Prüfungsordnung für die Prüfung nach § 26a des Wohnungseigentumsgesetzes**

Herr Präses Prof. Aust erklärt, dass diese Beschlüsse aus Zeitgründen auf die folgende Sitzung verschoben würden.

TOP 6: Beschluss über eine Stellungnahme zu den Volksinitiativen „Keine Profite mit Boden und Miete“ (Anlage 6)

Herr Siebrand leitet ein, dass das Thema vom Ausschuss für Stadtentwicklung in der letzten Sitzung aufgerufen worden sei. Fertigstellungszahlen im Wohnungsbau zeigten, dass mit Start des Bündnisses für das Wohnen im Jahr 2011 mehr als 10.000 Wohneinheiten pro Jahr fertig

gestellt worden seien. In den letzten zwei Jahren seien wären rückläufige Zahlen u.a. aufgrund von Corona und der Lieferkettenproblematik zu verzeichnen gewesen. Die Zahlen zeigten, dass das Bevölkerungswachstum eng mit dem Wohnungsbau korreliere und somit u.a. die Bereitstellung von Wohnraum einen wichtigen Hebel zur Steuerung der Fachkräftezuwanderung darstelle. Zwei Volksinitiativen forderten ein Mietendeckel nach Berliner Vorbild. Abgeordnete der Fraktionen von SPD und Grünen hätten daraufhin Vereinbarungen zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und Vertretern der Volksinitiativen verhandelt. U.a. werde angestrebt, dass die Vergabe der Grundstücke für den Wohnungsbau zukünftig ausschließlich nach dem Erbbaurecht erfolgen solle. Dies solle auch explizit in die Hamburgische Verfassung aufgenommen werden, worüber die Bürgerschaft im Januar 2023 entscheiden wolle. Bei einem Erfolg der Volksinitiative sei mit einem Rückgang von Neubau, Förderung der Segregation, Erhöhung des Drucks auf Gewerbeflächen, ggf. Rückgang der Fachkräftezuwanderung zu rechnen. Es habe bisher keine öffentliche Diskussion gegeben, auch die Handelskammer sei nicht einbezogen worden. Zur Frage der Verfassungsänderung fehle eine Folgeabschätzung der Auswirkungen.

Das Plenum der Handelskammer Hamburg fasst mit einer Mehrheit von 35 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 1 Gegenstimme folgenden Beschluss bzgl. der beigefügten Stellungnahme zu den Volksinitiativen „Keine Profite mit Boden und Miete“:

„Das Plenum der Handelskammer Hamburg fordert den Senat und die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg auf:

- die angestrebte Verfassungsänderung auf Grundlage der Drucksachen 22/9844 und 22/9845 auszusetzen und zunächst eine neutrale, umfangreiche und faktenbasierte Folgenabschätzung zu den Auswirkungen auf den lokalen Wohnungs- und Immobilienmarkt und damit auf den gesamten Wirtschaftsstandort Hamburg vorzunehmen,*
- das Ergebnis mit dem Bündnis für das Wohnen, der Volksinitiative und der Handelskammer zu diskutieren, um Lösungen zu finden, die die möglicherweise negativen Folgen abwenden,*
- über die Verfassungsänderung erst anschließend zu entscheiden.“*

Top 7: Bericht zur Veröffentlichung des Hafenenwicklungsplans und der HK-Positionierung

Herr Präses Prof. Aust erklärt, dass dieser Bericht aus Zeitgründen auf die folgende Sitzung verschoben werde.

TOP 8: Verschiedenes

Herr Präses Prof. Aust dankt allen Plenarmitgliedern und Gästen sowie dem Hauptamt für die aktive Beteiligung.

Herr Dr. Heyne weist auf eine Metaplanwand hin, auf der Mitarbeitende der Handelskammer ihre GedANKen anlässlich des Tages des Ehrenamtes notiert hätten und bedankt sich ebenfalls ausdrücklich im Namen des Hauptamtes für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr.

Im Anschluss an die Sitzung findet die „Lange Nacht“ statt.

Die nächste Plenarsitzung findet am Donnerstag, den 2. Februar 2023 um 16.00 Uhr statt.

Die Sitzung wird um 18.30 Uhr geschlossen.

Hamburg, 15. Dezember 2022

Prof. Norbert Aust
Präses

Dr. Malte Heyne
Hauptgeschäftsführer